

Wahlsens erweisen kann. Im persönlichen Umgang gilt er als liebenswürdig und entgegenkommend, in der Sache als fest und energiegel. Hoffen wir, daß er weniger unter den Dämmerlichkeiten der neuen Ära zu leiden haben wird als Dr. Goff, der wegen dieser Dämmerlichkeit sich gezwungen sah, zurückzutreten.

### Veränderungen im Wahlgesetz

Berlin, 20. Dezember. Infolge Vordrängung der Wahlen für die Nationalversammlung vom 16. Februar auf den 10. Januar waren einige Veränderungen in dem Reichswahlgesetz notwendig, die die Interessen der Wählerchaft und der Parteileitungen nach Möglichkeit wahren. Demnach ist in § 2 der Verordnung bestimmt, daß die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht am 30. Dezember auszulegen sind, die für die Wählerchaft wichtige Dauer der Auflegung von acht Tagen bleibt bestehen. Nach Absatz 2 sind Einsprüche gegen die Wählerlisten durch die Behörden binnen einer Woche zu erledigen, anstatt der nächsten vierzehn Tage. In § 3 der Verordnung sind die Wahlvorschlüge spätestens am 4. Januar 1919 bei dem Wahlkommissar einzureichen. Damit verkürzt sich die Zeit der Einreichung von 21 auf 5 Tage, eine Maßnahme, die den Parteien die Möglichkeit gibt, ohne Überstürzung ihre Kandidatenliste in Ordnung zu bringen. Die Wahlkommissare haben die Aufforderung zur Einreichung der Wahlvorschlüge sofort zu erteilen. Die Verbindung mehrerer Wahlvorschlüge miteinander kann nach wie vor spätestens sieben Tage vor dem Wahltag beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden. Ebenso können die Mängel der Wahlvorschlüge und ihrer Verbindungen nur bis zum siebenten Tage vor dem Wahltag beseitigt und Bewerber, gegen deren Wahlbarkeit der Wahlkommissar Bedenken erhebt, bis zum siebenten Tage vor dem Wahltag durch andere ersetzt werden, wenn mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlages dies schriftlich beantragt.

### Deutschland in Not.

Der Geheimrat v. Braun schreibt im „Tag“:  
Nach dem Rausch der Revolution kommt jetzt das furchtbare Erwachen, und mit lähmendem Entsetzen fragt sich Volk und Regierung: Gibt's aus diesem Zusammenbruch noch eine Rettung? Was helfen alle politischen Errungenschaften, alle löblichen Worte von Freiheit und Gleichheit, wenn der Ring der Feinde uns jede wirtschaftliche Freiheit nimmt und der Hunger alle zu Bettlern macht? Der Rat der Volksbeauftragten fordert: Rettung durch Arbeit. Sein „Aufruf an die deutschen Arbeiter“ enthält beherzigenswerte Worte. Aber auch das sind nur Worte ohne Taten, denn das, was die Regierung tut oder geschehen läßt, ist das Gegenteil von diesem Willen zur Arbeit. Wenn man in dieser Zeit höchster vaterländischer Not politische Forderungen wie den Achtstundentag durchzusetzen sucht und Löhne von zwanzig und dreißig Mark täglich festsetzt, von denen jedermann weiß, daß sie die Betriebe in kurzer Zeit zum Ruin bringen, dann ist das mehr Verbrechen als Wahnsinn. Den Luxus einer Beschränkung der Arbeitszeit und einer hohen Entlohnung, die dem Arbeiter eine behagliche Lebenshaltung sichern, kann sich England auf Grund seiner imperialistischen Politik leisten, die ihm die halbe Welt tributpflichtig gemacht hat. Für Deutschland ist dieser Traum auf ein Menschenalter ausgeträumt, und es hat keinen Sinn, sich diese Erkenntnis durch schwindelhafte Forderungen fernhalten zu wollen. Die Naturgesetze der Volkswirtschaft zwingt man durch die schönsten politischen Phrasen nicht, und wir können unsere Volkstörper nur erhalten und wieder zur Gesundheit bringen, wenn wir tun, was die Lage gebietet. *Primum vivere!* Zuerst muß man leben können. Daß wir in dem Jahr mit der eigenen Ernte nicht durchkommen können, nachdem wir durch mehr als vierjährigen Hungerkrieg entrümpelt und ausgezogen sind, weiß jedermann und glaubt uns — trotz aufreizender französischer und englischer Zeitungsstimmen — wohl auch Amerika und die Entente. Wir vertrauen darauf, daß die im Waffenstillstand gegebene Zusicherung eingehalten wird, und daß wir aus den reichlichen Weltvorräten den Zuschuß an Lebensmitteln erhalten, der eine ausreichende Ernährung der deutschen Bevölkerung bis zur nächsten Ernte sicherstellt. Das liegt im eigensten Interesse unserer Gegner. Denn nur von einem arbeitsfähigen — nicht von einem verhungerten Volk — können sie hoffen, die Entschädigungen zu erlangen, die sie uns auferlegen wollen.

Aber man muß damit die Sache nicht für abgetan halten; denn dieser Zuschuß aus den Weltvorräten ist doch nur ein Nothbehelf für dieses Jahr! Man hat keine Kosten ersparnis, auf 6 Milliarden Mark berechneter. Das wird im Drange der höchsten Not aufgebracht und zu den Kriegskosten geschlagen werden müssen. Aber es ist ganz ausgeschlossen, daß wir unsere Volkswirtschaft auf solche Lebensmittelzufuhren dauernd aufbauen. Denn bei dem völligen Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft, der durch die Entschädigungsforderungen der Gegner eintreten muß, können wir diese Einfuhr nicht bezahlen. Deutschland hatte schon vor dem Kriege außer Kohle, Koble und Eisen an Bodenschätzen nicht, was es in größerem Umfang ausführen konnte. An allen diesen Mineralien werden wir durch den Friedensschluß vorausichtlich Einbußen erleiden, so daß sich die Ausfuhrmöglichkeit mindert. Wir können uns also aus dem Sumpf, in den wir geraten sind, nur wieder hocharbeiten, wenn wir an industriellen Erzeugnissen dem Werte nach mehr ausführen, als wir an Rohstoffen einführen müssen. Das ist unmöglich, wenn außer gewerblichen Rohstoffen wie Wolle, Baumwolle, Leder, Erze usw. auch noch Lebensmittel in großem Umfang eingeführt werden müssen. Der preussische Volksbeauftragte für Landwirtschaft Otto Braun hat dann auch in einem Artikel im „Vorwärts“ „Was uns vorerst auf die Deckung des inländischen Bedarfs aus heimischen Produkten einstellen müssen.“

Darin kann ich ihm zustimmen, aber nicht in den Wegen, die er weist. Freilich erkennt auch er richtig, daß die erste Voraussetzung für die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung die Beseitigung der Unsicherheit über den Besitz an Grund und Boden ist, die sich der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch die Revolution bemächtigt hat. Er sucht deshalb zu beruhigen und Befürchtungen zu zerstreuen, aber das klingt nicht nach Sinnesänderung, sondern mehr wie Angst vor der eigenen Courage. Die Verschla-

gung des Großgrundbesitzes müsse vorerst noch zurückgestellt werden und könne auch später nur in Frage kommen, soweit sie eine höhere Produktivität und Wirtschaftlichkeit verbürgt. Als eine Nothmaßnahme für kurze Dauer. Vom dauerlichen Besitz wird vorläufigerhand nichts gesagt.

Weniger ängstlich ist der Spartakusbund, der in der „Roten Fahne“ am 14. 12. ohne jede Einschränkung Entzweiung aller landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetriebe fordert. Das entspricht auch durchaus dem sozialistischen Programm, das von jeder die Verstaatlichung der Produktionsmittel als grundsätzliche Forderung aufstellt. Man braucht an sich den wilden Übertreibungen der Spartakusleute, die das Gewicht ihrer Gründe durch möglichstes Geschrei zu erheben suchen, keine allzu große Bedeutung beizumessen. Aber wir haben es jetzt während des Umsturzes erlebt, daß in solchen Zeiten politischer Fieberzustände die radikalsten Forderungen, an deren unbegrenzter Verwirklichung fast niemand glaubte, wie z. B. das unbeschränkte Wahlrecht der Frauen, plötzlich zur Tatsache werden. Eine Beruhigung der landwirtschaftlichen Bevölkerung über die Sicherung ihres Eigentums und Erbrechts an Grund und Boden kann also nicht dadurch erreicht werden, daß ein Sozialdemokrat, dem der Programmpunkt seiner Partei aus Reflexionsrücksichten unangenehm ist, erklärt, er wolle ihn vorerst nicht verwirklichen, sondern nur, wenn die Partei als solche beschlossen diese Forderung aus ihrem Programm streicht. Mit allgemeinen Zusicherungen eines Eingetrennen, daß die Vorteile von der Arbeit, die sie auf den Boden verwenden, die Früchte ernten werden, und daß ihnen von Anschaffungen nichts vorenthalten wird, gar nichts erreicht, besonders wenn daran die Drohung geknüpft wird, daß ihnen bei passiver Resistenz ihre Eigentum ohne Entschädigung abgenommen würde. Die Landwirtschaft ist kein Geschäft von heute auf morgen, in dem sich die Aufwendungen im gleichen Jahr bezahlt machen. Wer Einblick in ihr Wesen hat, weiß, daß es oft Jahre dauert, bis die Kosten von Bodenverbesserungen, Entwässerungen, Moorstrukturen, die Mühen züchterischer Arbeit im Ertrag zur Erscheinung kommen und sich abzahlen, und niemand ist berechtigt, von passiver Resistenz zu sprechen, wenn solche Ausgaben zur Intensivierung des Betriebes wegen der Unsicherheit der Besitzverhältnisse unterbleiben. Wir haben es bei unserem östlichen Nachbar, in Rußland, erlebt, wohin das Experiment der Nationalisierung des Grund und Bodens führt: selbst in diesem dünnbesiedelten Land zur entsetzlichen Hungersnot. Man kann sich danach gasmalen, was bei unserer Überbevölkerung eintreten würde.

Rein, wer es gut meint mit unserem Volk, wer zu allem Glanz, das uns der Zusammenbruch gebracht hat, nicht auch noch die dauernde Hungersnot fügen will, darf nicht mit Bortwürfen und Drohungen die Berufslosigkeit der Landwirte lähmen, sondern muß ihnen die Gewähr bieten, daß das, was sie zur Steigerung der Erzeugung brauchen, unbedingt erhalten bleibt: die Sicherung ihres Besitz- und Erbrechts. Und wenn wir nicht der gleichen Katastrophe entgegengehen wollen, unter der Rußland verbrütet, muß es die erste Aufgabe der Nationalversammlung sein, diese Forderung im Staatsgrundgesetz zu verankern.

Erst nach Wiederherstellung der Unverletzlichkeit des Eigentums kann man hoffen, daß alle Hände sich zur Steigerung der Erzeugung regen. Aber dann muß dem Landwirt auch die Möglichkeit gegeben werden, billig zu produzieren, weil wir nur so unsere Industrie wieder exportfähig machen können. Wenn Geräte, Maschinen, Kohlen, Düngemittel und Arbeitskräfte in Deutschland teurer sind als auf dem Weltmarkt, ist jede Intensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes unmöglich. Denn der Landwirt kann so wenig als der Gewerbetreibende oder der Geschäftsmann auf die Dauer unter seinen Produktionskosten verkaufen, und er muß zum extremsten Betrieb übergehen, wenn der intensiver nicht mehr lohnt. Wohin wir bei den letzten Lohnsteigerungen gewerblicher Arbeiter kommen, ist eingangs schon hervorgehoben. Wenn daneben auch für landwirtschaftliche Arbeiter Löhne von 9 M neben freier Beschäftigung festgesetzt und Verkürzung der Arbeitszeit sowie schnellste Errichtung angemessener Wohnungen gefordert werden, so kann man sich leicht ausrechnen, auf welche Höhe die Lebensmittelpreise fixiert werden. Gewiß wünscht jedermann den landwirtschaftlichen Arbeitern eine angemessene Lebenshaltung. Aber sie liegt zu Forderungen anzuerschließen, die in unserer gegenwärtigen Lage unerfüllbar sind, schädlich für sie und die Gesamtheit: Und wenn der Volksbeauftragte für Landwirtschaft für die Arbeitszeit der landwirtschaftlichen Arbeiter eine erheblich beschränkte Regelung in Aussicht stellt, so scheint mir das das Gegenteil von Produktionsförderung zu sein.

Die Landwirtschaft ist nun einmal kein Fabrikbetrieb, der erst zu beginnen braucht, wenn die Maschinen geheizt sind, und die Natur teilt sich nicht an behördliche Arbeitsordnungen: Das Feld muß bestellt werden, wenn die Witterung es erlaubt, und auch für die Ernte schreibt Sonne oder Regen die Arbeitszeit vor. Wenn da der Arbeiter nach acht Stunden Schicht macht, ohne Rücksicht darauf, ob die Arbeit vollendet und die Ernte unter Dach ist, hat neben dem Besitzer den größten Schaden das Volk, das darob leiden muß. Und den Luxus eines Schlafmehrs im landwirtschaftlichen Betrieb wird man in der Zeit unseres größten wirtschaftlichen Niederrucks doch wohl nicht vorschreiben wollen.

Rein, es hat keinen Sinn, jeht rosige Zukunftsbilder an die Wand zu malen und damit Arbeiter für die Landwirtschaft zu ködern. Nur in härtester Arbeit in Industrie und in der Landwirtschaft haben wir die Möglichkeit, unser Volk zu retten, und das muß ihm mit rückichtsloser Offenheit gesagt werden. Alle Schönfärberei, alle Versprechungen, die nicht eingehalten werden können, verschlimmern nur das Übel und fügen zum Elend noch die Verbitterung.

Daß Deutschland ein starkes Volk ist, hat es in den vier Jahren des Krieges sich selbst und der Welt bewiesen. Es wird auch die Folgen des Zusammenbruchs überwinden, wenn man ihm offen und klar den harten Weg zeigt, den es zu gehen hat, und wenn eine starke Hand es führt.

### Kleine Mitteilungen.

Eine Massenandengung der Deutschnationalen Volkspartei. Die erste große öffentliche Versammlung des Landesverbandes Groß-Berlin fand am vergangenen Sonntag vormittag im Bismarckpark statt. Schon lange vor der festgesetzten Zeit war der weite Raum so überfüllt, daß der Vorstand auf der gleichfalls dicht besetzten Bühne kaum noch

Platz fand; auch in allen Nebenhallen, in Gängen und Treppen standen die Zuhörer. Der Kopf am Kopf, und nicht Hunderte mußten am Eingang warten. So wurde schließlich in der Vorhalle eine Parallelschaltung angelegt, damit wenigstens die sich dort stauenden Besucher die Redner hörten. Unter dem lebhaftesten Beifall sprachen Landtagsabgeordneter v. Kardorf, Dompropst Dr. Döhning, Reichstagsabg. Behrens, der Führer der geschlossenen Arbeiter und Margarete Behm, die Vorsitzende des Deutschen Heimarbeitersverbandes, und Dr. Kaufmann, der Vorsitzende des Landesverbandes Groß-Berlin, über die Richtlinien und Ziele der neuen Partei.

Was in Warschau juristisch. Redningen der polnischen Blätter geben an, was allein in Warschau an Lebensmittel und Bekleidungsgegenständen abtransportiert worden ist. Darunter befinden sich: Roggen- und andere Getreide: 55 419 Zentner, Getreide: 63 581 Zentner, Speck und Schmalz: 25 Zentner, Schweine- und Rindfleisch: 140 Zentner, Belegen: 7852 Zentner, Graupen: 6960 Zentner, Wasmol: 49 954 Zentner, Zucker: 3244 Zentner, Heu und Stroh: 20 000 Zentner, Kartoffeln: 2620 Zentner, Kraut: 9000 Zentner, Dörrgemüse: 4000 Zentner, Blumenkohl, getrocknet: 4600 Zentner, Spiritus: 52 000 Liter, Wein 52 887 Liter, 1 Million Zigaretten, 2 Millionen Zigaretten, 37 Millionen Eier, 1826 Flaschen Cognac, 4800 Flaschen Rosinen. Außerdem wurden Gewürze, Seifen, Delfateifen und andere Dinge im Gesamtgewicht von Tausende von Kilogramm vorgeführt. Die „Freiheit“ glaubt die Schuld an dem nicht rechtzeitigen Abtransport dieser Lebensmittel dem Befehlshaber in das Schicksal schieben zu können. Uns erscheint eine andere Darstellung, die von anderer Seite gemacht wird, ebenso wahrscheinlich: daß durch das Eingreifen der Soldatenräte die Möglichkeit des rechtzeitigen Abtransportes dieser für unsere Ernährung so notwendigen Lebensmittel verhindert worden ist.

Die russischen Verluste im Kriege. Das Berner Jahrbuch meldet: Der rumänische Botschafter in Moskau Stojowitsch erklärte: Die russischen Verluste betragen nach offiziellen Angaben am Toten 1 700 000, an unheilbar Verwundeten 1 450 000, an Verwundeten 3 1/2 Millionen, an Gefangenen 2 1/2 Millionen. Das ergibt einen Gesamtverlust von 9 150 000 Mann.

### Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 21. Dezember.

Es ist Advent.

Durch Winterleid und Winterorgen,  
Erklingen Glöckchen, voll und rein,  
Sie läuten einen neuen Morgen  
Und neues, selbes Hoffen ein.  
Ob ihr den Klang wohl alle kennt?  
Es ist Advent!

Ran laßt einmal die Stürme schweigen,  
Die brausend durch die See geh'n,  
Die Mut und Hoffnung niederbeugen  
Und jeden Sonnenstrahl verwehen,  
Verbrennt, was im Herzen brennt,  
Es ist, Advent!

O haltet nur ein wenig stille,  
Und wartet auf den hellen Christ,  
Der seiner Liebe ganze Fülle  
In euer warmes Herz ergießt,  
Nur kurze Frist ihn von euch trennt,  
Es ist, Advent!

It's nicht, als hörte man schon rauschen  
Der Engel Flügel auf dem Feld,  
Als mühte bebend man schon lauschen  
Der Botschaft, kündend aller Welt,  
Daß Gott den Helden zu uns send?  
Es ist, Advent!

Laßt ihn in eure Herzen ziehen,  
Macht hoch die Tür, das Tor macht weit,  
Und werfet auf ihn alle Mühen  
Und Sorgen dieser dunklen Zeit,  
Und laßt vertraut sein Hand,  
Es ist, Advent!

Bischofswerda. Margarete Rüdler.

— Zur Durchführung der Bäckereien nach Stollen und Kuchen durch Mitglieder des Arbeiterrats macht der Stadtrat in der heutigen Nummer bekannt, daß dies ohne sein Wissen und Willen erfolgt ist. Die angeforderte Beschlagnahme wird aufgehoben. Gleichzeitig weist der Stadtrat darauf hin, daß das Stollen- und Kuchenbäckerei nach besteht und Zuverlässigkeiten bekräftigt werden.

— Die Bezüge des heiligen L. und S. Rats. Hierzu wird uns geschrieben: Die Angaben über die Bezüge des heiligen Arbeiter- und Soldatenrates in der letzten Stadtratsbesitzung sind dahin zu berichtigen, daß nach neuerlichen Feststellungen folgende Entschädigungen an die Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates gezahlt werden: 1. An die Mitglieder des Arbeiterrates: der entgangene Arbeitslohn und 5.— M. Tagegeld, außerdem für jede außerhalb der Geschäftszeit stattfindende Sitzung insgesamt 2.— M. 2. An die Mitglieder des Soldatenrates: 5.— M. Tagegeld und eine Aufwandsentschädigung von täglich 5.— M., die jedoch durch Belege nachzuweisen ist.

— Herberge zur Heimat. Am 30. September hätte sich der Vorstand des Vereins genötigt gesehen, da der Winterfeldzug vor der Tür stand und auch der letzte Rest aller Männer eingezogen wurde, für die Herberge darum kein Bedarf mehr vorhanden war, vorläufig die Herberge zu schließen und dem Hausvater zu kündigen. Herr Hausvater Horn hat inzwischen als Hausvater einer Chemnitzer Herberge eine lohnendere Beschäftigung gefunden als sie ihm unsere christliche Hebesanstalt bieten konnte. Die Herberge wurde am 1. Oktober für 1. Januar 1919 vermietet. Man haben wir aber Waffenstillstand, und die Straßen bevölkern sich wieder. Wir haben darum den Mieter erfrucht, von seiner Vermietung zurückzutreten, was er aber ablehnen mußte. Wir sind also gezwungen, unsere Herberge auf mindestens ein Jahr geschlossen zu halten. In seiner Sitzung vom 17. d. M. hat nun der Vorstand beschlossen, sein Grundstück zum Verkauf auszugeben, um nach Jahresfrist ein für seine Zwecke geeigneteres Grundstück zu erwerben.

— S. R. Der Widerspruch gegen die Kirchen- und Schulgesetzgebung der gegenwärtigen legislativen Kommission